

Protokoll

Workshopname: Sichtung Positionspapiere "Novellierung des BAföG" und "Forderung nach einer legitimierten Bundesstudierendenvertretung"

Leitung: Friedrich (KIT)
Protokoll: Christian (FAU)

Anwesend:

KIT
FAU
Leibniz Universität Hannover
TU Darmstadt
RWTH Aachen
TUI
TU Dresden

Top 1: Novellierung des BAföG
Erstmal eine kurze Einlesezeit für alle.

Hannover: können gerne über den vorschlag diskutieren, es wurde in einer großen Kampagne sehr viel mehr gefordert, im Zweifel sollte man lieber diese unterstützen (BAföG 50 Kampagne).
War eine alte Forderung der FaTaMa (BAföG 50)

darmstadt: bezieht auch kein Bafög, aber hat ja auch Krankenkassenbeitrag, der wird mit dem Bafög angepasst. Satz sollte an Bafög gekoppelt werden.

Aachen: Man soll zügig Studieren um dem Staat nicht zu lange auf der Tasche zu liegen. Bildung dient dem Studium nicht der Ausbildung (Humboldtsches Bildungsideal). Bei den Fristen muss auf andere Dinge Rücksicht genommen werden als das Regelabitur mit 18. (G9, Dienst, Ausbildung vorher, späteres Startjahr gilt es zu Berücksichtigen).

Darmstadt: Wie kann man das mit der Bafögklausel lösen?
Lieber gar kein Beitrag ab 25?

Aachen: Staat kann Studis nicht bearbeiten wie Arbeitnehmer, auch wenn Studis nebenbei oft arbeiten.
Was soll hier sein? Duale Arbeitsrelevante Ausbildung oder soll eine allumfängliche Reifung ermöglichen? Der Staat bedient das in der Vrfassung gezeichnete Ideale Bildungsziel nicht.

Problem lösen ohne die Papiergrundlage als Extrapunkt beschließen.
Früher sind Studis nach dem 14 Fachsemester oder wenn sie 30 wurden aus der Studentischen Krankenversicherung rausgeflogen, und haben dann halt 250 statt 100 € zahlen müssen.

Wir müssen für diesen Absatz ja keine Lösung präsentieren.

Aachen: Grundgedanke lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach ist hier besser gelöst, wir erreichen das große Ziel sowieso nicht, deswegen muss man an guten Kompromissen arbeiten.

Die Forderungen der Fatama ist relativ irrelevant, egal ob es realpolitischer oder idealistisch ist.
Wir müssen andere Punkte unterstützen, damit die Forderungen mehr GEWicht bekommen.

Darmstadt: Wie ist das weitere Prozeder?
Gibt Friedrich das weiter oder stimmen wir im Plenum darüber ab?

Friedrich: Abstimmen im Plenum hat eher keinen Sinn, aber die Mitschrift wird von Friedrich und Claudia weitergegeben.

Top 2: Forderung nach einer legitimierten Bundesstudierendenvertretung
10 min Einlesezeit.

darmstadt: Wie sinnvoll ist die Wahl durch alle Studierenden der Vertretenden. Wahlbeteiligung für nidrigere Gremien ist auch nicht gut.

Aachen: will man eine Fachliche oder lokale Vertretung. Sollten die Studierenden eines Landes eine vertretende Studierendenschaft geben, Diese Landesstudierendenvertretungen könnten förderalistisch eine Bundesstudierendenvertretung wählen.

Brauchts das auf Bundesebene überhaupt?

Darmstadt: ja, Beispiel ist die Behandlung von Studierenden während Corona (besser das fehlen von Studierenden...) gesetzliche Bundesweite Vertretung notwendig

Studenten/Gremienmitglieder sind meist auch politisch und machen neben Hochschulpolitik auch politische Gedanken.

Aachen: Erst Hochschulpolitik, dann Allgemeinpolitik

Bildung der Bundesstudierendenvertretung über die verschiedenen Studierendenvvertretung der Hochschulen. (private/kirchliche Hochschulen sind davon wahrscheinlich erstmal ausgeschlossen, vllt kein Stimmrecht)

Asten/Studierendenvertertung würden sich die Bewerber wohl gerne mal anschauen. Die Asten schauen sich diese Personen zumindest mal an. Sachpolitik ist ja Sache der Länder, deswegen kann man auf Bundesebene die Inhaltliche Ebene (man muss mit der Bundesregierung reden).

Auf Bundesebene sollte hier eher die Soziale Lage der Studierenden zu thematisieren (fachpolitik).

Wer soll das denn überhaupt machen.

Die Bedürfnisse von Studierenden sind nicht immer gleich, Fachrichtungen haben verschiedene Punkte.

Forderrung der gesetzlichen Implementierung am Beispiel Bayern, die haben sich über 20 Jahre als Landesstudierendenvertretung getroffen, bis sie rechtlich festgeschrieben waren.

In der FZS ist man schon gesetzlich organisiert, aber die Vorgaben sind von der Landesregierung vorgegeben.

Fördersumme von 1,5 bis 3 Mio Euro nach der Forderung? Geld sollte in Inhaltliche Arbeit gehen.

Rechnungshof würde das natürlich stark kontrollieren.

Will man ein starkes Hochschulpolitisches Mandat (Geld kommt ja von Studis), oder eine politische Organisation.

Schüler und Lehrer haben ja zum Beispiel auch eine eigene Vertretung
Schüler werden aus Steuermittel finanziert, Erzieher haben eine
Gewerkschaft.

MeTaFa ist ein Nichteingetragener Verein Bürgerlichen Rechts.

Vorteil ist Mandat zu Sprechen für die Studierenden. Offizieller
Ansprechpartner ist gegeben.

Sollten wir das Unterstützen?

In Punkto Aussagekraft ist es vollkommen ausreichend.

Die Aussage ist wir hätten gerne eine Bundesweite
Studierendenvertretung.

Ist man bei einer Festschreibung in die position der Übergeordneten
Vertretung gebunden und ist das was gutes oder was schlechtes.